



15.05.2020 / Ausgabe 3

**Liebe Leserinnen und liebe Leser,**

die Bewältigung der Corona-Krise ist eine gewaltige Herausforderung. Die Auswirkungen der Pandemie greifen tief in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ein und sind vor Ort in den Kommunen besonders spürbar. Bund und Länder haben bereits umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um die Folgen der Corona-Krise abzufedern. Gleichzeitig muss eine Vielzahl der angeordneten Schritte auf kommunaler Ebene umgesetzt und finanziert werden. Dabei trifft die Krise nicht nur bereits hoch verschuldete Kommunen, sondern auch solche die nun von massiven Einnahmeausfällen bei der Gewerbesteuer betroffen sind. Bund und Länder haben es bis jetzt versäumt, die Kommunen für die bevorstehenden Aufgaben in ausreichendem Maße finanziell auszustatten. Das ist vor dem Hintergrund des bereits bestehenden, kommunalen Investitionsstaus brandgefährlich. Um einen kommunalen Blackout zu verhindern, hat der DGB deshalb in dieser Woche gefordert, einen Schutzschirm für Kommunen aufzuspannen.

Ein weiteres Thema dieser Ausgabe ist die Debatte um Staatsbeteiligungen als Teil der Krisenpolitik. Hier fordert der DGB klare Regeln und Mitsprache der öffentlichen Hand im Interesse der Beschäftigungssicherung. Zudem berichten die Perspektiven über die KMU- und Industriestrategie.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Frederik Moch

## Schutzschirm für Kommunen aufspannen - sofort



DGB/Colourbox.de

Die Städte und Gemeinden sind von Corona doppelt betroffen. Die Sozialausgaben steigen, die Einnahmen brechen weg. Doch die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Sie sind es, die jetzt investieren müssen, um die Konjunktur anzukurbeln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden. Wenn Bund und Länder nicht schnell handeln, hat das katastrophale Auswirkungen



[zum Beitrag](#)

## Staatsbeteiligungen: Klare Regeln erforderlich



DGB/Le Moal Olivier/123RF.com

Durch die Corona-Pandemie und den Shutdown sind viele Unternehmen in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Die Politik versucht unter anderem mit Staatsanleihen, möglichst viele Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten. Doch dafür braucht es klare Regeln, meint der DGB-klartext.



[zum Beitrag](#)

## Corona: Diese Hilfen gibt es für Unternehmen



DGB/WavebreakMediaLtd/123RF.com

In der Corona-Krise geht es darum, Unternehmen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Der Bund und die Länder haben dazu verschiedene Hilfsmaßnahmen aufgelegt. Wir haben eine Übersicht zusammengestellt.



[zum Beitrag](#)

## KMU Strategie der EU-Kommission



DGB/Alessandro Bianco/123rf.com

Knapp zwei Drittel aller Beschäftigten in der EU arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen und sind somit von einer neuen KMU Strategie betroffen, die die EU-Kommission vor der Corona Krise vorgeschlagen hat. Bisher beinhaltet das Strategiekonzept vor allem Vorschläge für einen vermeintlich dringenden "Bürokratieabbau". Der DGB fordert Nachbesserungen zum Schutz der Beschäftigten.



[zum Beitrag](#)

# Europa braucht eine Industriestrategie - und mehr Geld dafür



DGB/Marian Vejck/123rf.com

Der Strukturwandel verändert die Wertschöpfungsketten. Gerade jetzt in der Corona-Krise wird klar, wie brüchig diese oft sind. Es braucht deshalb eine Strategie, die alles miteinander kombiniert: den Erhalt von Wertschöpfungsketten, zuverlässige Lieferbeziehungen, die ökologische und digitale Modernisierung sowie gute Arbeit. Dafür muss die EU in den nächsten Jahren sorgen.



[zum Beitrag](#)

---

## Stellungnahme zur Partnerschaftsvereinbarung



DGB/kodda/123RF.com

Die Planung der kommenden Strukturförderperiode der Europäischen Union von 2021-2027 war in Deutschland bereits in vollem Gange, als die Corona-Pandemie sie vorerst stoppte. Die von der EU-Kommission vorgelegte Dachverordnung enthält eine Reihe von wichtigen Änderungen gegenüber der aktuellen Förderperiode, die sowohl das Design als auch die Implementation der Fonds in Deutschland betreffen. Der DGB hat zum Entwurf einer Partnerschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission Stellung bezogen.



[zur Stellungnahme](#)

---

## Impressum

### Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

### Redaktion:

Frederik Moch, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Telefon: (030) 24060 – 726

Telefax: (030) 24060 – 677

Internet: [www.dgb.de/sid](http://www.dgb.de/sid)

E-Mail: [sid.bvv@dgb.de](mailto:sid.bvv@dgb.de)

### Geschäftsführender Vorstand:

Stefan Körzell

